

US-Sozialsystem

## Notprogramm gegen die Krise

Vor dem Hintergrund der drastisch gestiegenen Arbeitslosenquote hat der US-Kongress Anfang 2009 als Teil des riesigen Konjunkturprogramms zusätzliche Hilfen für Arme beschlossen. So wird beispielsweise das Arbeitslosengeld momentan für 99 Wochen statt für sechs Monate gezahlt und die Arbeitspflicht für alleinstehende Empfänger von Lebensmittelmarken ist ausgesetzt. Außerdem bekommen Arbeitslose, die zuvor in einer Betriebskrankenkasse waren, 65 Prozent ihres Krankenversicherungsbeitrags für ein Jahr als staatlichen Zuschuss.

Allerdings sind alle ergänzenden sozialpolitischen Maßnahmen auf zwei Jahre befristet und fordern einen hohen Preis: Bislang haben 30 US-Bundesstaaten die Landes- und Kommunalsteuern erhöht. Landesweit wurden Stellen und Gehälter im öffentlichen Dienst gestrichen bzw. gekürzt und öffentliche Schulen zusammengelegt oder geschlossen. Dennoch haben die Beschlüsse des Kongresses von Anfang 2009 vielen Familien geholfen, die Folgen der Rezession besser zu verkraften. Vor allem die Mittelschicht, die sonst kaum Ansprüche auf staatliche Sozialleistungen hat, profitiert vom Notprogramm.

**Waltraut Peter: US-Sozialpolitik in Zeiten der Krise, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW Trends 4/2010**

Gesprächspartnerin im IW: **Waltraut Peter, Telefon: 0221 4981-772**

## US-Sozialsystem

# Notprogramm gegen die Krise

**Die Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosenquote in den USA dramatisch in die Höhe getrieben. Darauf war das amerikanische Sozialsystem nicht vorbereitet. Der US-Kongress hat deshalb 2009 als Teil des riesigen Konjunkturprogramms zusätzliche Hilfen für Arme beschlossen. Der Preis für das Maßnahmenpaket ist allerdings hoch.\*)**

Kaum war die Immobilienblase in den Vereinigten Staaten geplatzt, schoss die Arbeitslosenquote in die Höhe. Im Oktober 2009 betrug sie fast 10 Prozent und der Anteil der Langzeitarbeitslosen kletterte 2010 über die 40-Prozent-Marke (Grafik). Die Erwerbstätigenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren sank gleichzeitig auf bedenkliche 45 Prozent.

Solche Entwicklungen wären selbst für europäische Sozialsysteme ein Härte-test. Für die Vereinigten Staaten bedeuteten sie den Super-GAU. Denn dort basieren die sozialen Leistungen auf der ehernen Überzeugung, dass jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet. Entsprechend sieht das US-Sozialsystem nur wenige Hilfsmaßnahmen für die Schwächsten vor. Einige Beispiele:

- Die – knapp bemessene – Sozialhilfe existiert nur für Alleinerziehende, und sie müssen sich Arbeit suchen, sobald ihre Kinder älter als drei Monate sind.
- Anspruch auf Lebensmittelmarken haben alle Armen, aber Alleinstehenden werden die Marken gestrichen, wenn sie länger als drei Monate arbeitslos sind.
- Das steuerpflichtige Arbeitslosengeld wird maximal sechs Monate lang gezahlt und beträgt lediglich 50 Prozent des vorherigen Bruttolohns.
- Die Arbeitslosen müssen auch auf die freiwilligen Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung verzichten, wenn sie ihren Job verlieren. Denn das Versicherungssystem ist in der Regel als Gruppenversicherung über die

Unternehmen organisiert. Viele Arbeitslose können die vollen Beiträge jedoch nicht aufbringen.

In der Krise hätten diese Regelungen für gefährliche Spannungen in der Gesellschaft gesorgt und dauerhaft Existenzen gefährdet – schließlich wollten die Menschen ja arbeiten, fanden aber keinen Job. Deshalb verabschiedete der Kongress im Februar 2009 den „American Recovery and Reinvestment Act“, um die schlimmsten Notlagen abzumildern und die Wirtschaft anzukurbeln.

**Das Konjunkturpaket ist auf zwei Jahre begrenzt. Etwa 40 Prozent der 787 Milliarden Dollar sind für Soziales reserviert.**

Unter anderem wurden folgende soziale Maßnahmen installiert oder erweitert:

- Für die Laufzeit des Programms erhöhte die Regierung den Wert der Lebensmittelmärkte um 14 Prozent und die Arbeitspflicht für Alleinstehende wurde ausgesetzt.

- Um die Zukunft von Medicaid, der Krankenversicherung für Bedürftige, zu gewährleisten, überweist Washington zusätzlich 87 Milliarden Dollar an die Einzelstaaten.

- Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wurde inzwischen auf 99 Wochen verlängert und die Zahlung um 25 Dollar pro Woche aufgestockt.

- Verlieren Arbeitslose den Arbeitgeberzuschuss zu einer Betriebskrankenkasse, können sie für ein weiteres Jahr in der Versicherung bleiben und der Bund übernimmt 65 Prozent der Versicherungsbeiträge.

Diese sozialpolitischen Maßnahmen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass das Haushaltsdefizit der USA mittlerweile auf 1,3 Billionen Dollar gestiegen ist. Außerdem gingen die Hilfen mit teils drastischen Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Sozialleistungskürzungen an anderer Stelle einher:

**Bislang haben 30 US-Bundesstaaten die Landes- und Kommunalsteuern erhöht. Landesweit wurden Stellen und Gehälter im öffentlichen Dienst gestrichen bzw. gekürzt und öffentliche Schulen zusammengelegt oder geschlossen.**

Zudem wurde der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt, auf den vor allem die Einkommensschwachen angewiesen sind. Weil die Regierung inzwischen die teure

Gesundheitsreform verabschiedet hat, sind weitere Steuererhöhungen auch auf Bundesebene nicht auszuschließen. Jedenfalls gibt es angesichts des explodierenden Staatsdefizits keinen Spielraum dafür, die befristeten Hilfen des Konjunkturpakets auf Dauer zu gewähren.

Dennoch haben die Maßnahmen von 2009 vielen Familien geholfen, die Folgen der Rezession besser zu verkraften. Vor allem die Mittelschicht hat profitiert – was das vorrangige Ziel war. Schließlich wurde sie von der Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit besonders hart getroffen, während das Sozialsystem für sie traditionell wenig bereithält.

\*) Vgl. Waltraut Peter: US-Sozialpolitik in Zeiten der Krise, gefördert von der Informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW Trends 4/2010

